

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Uckermann Pro Köln (in Vertretung für Herrn Weber)
Herr Thomas Weber Pro Köln (bis 14:40 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Hans-Josef Bauer CDU
Herr Armin Dappen Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Ingrid Hack SPD
Herr Biber Happe FDP
Herr Oswald Pannes Fraktion Die Linke.
Herr Paul Spörl FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach §§ 22, 23 der Hauptsatzung

Frau Amalie Klein entsandt von der Seniorenvertretung

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Herr Ulrich Bergmann Deutscher Kinderschutzbund
Frau Helga Blümel Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Ruth Differdange Kath. Familienbildungswerk e.V.
Herr Konrad Gilges AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Karin Grevelhörster Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung
Frau Almut Gross Jugendhilfe Köln e.V.
Frau Marita Bosbach Deutsches Rotes Kreuz (in Vertr. für Herrn Ruda)
Frau Christiane Lehmann Handwerkerinnenhaus Köln e.V. (in Vertretung für Frau Mahr / Mädchenhaus Köln)
Frau Monika Reisinger Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V.
Herr Jochen Sander-von der Meden Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Hans-Josef Saxler Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Wolfgang Schmidt Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven
Herr Fabian Stettes Kath. Jugendwerke e.V. (in Vertretung für Herrn Hildebrand)

Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erziehverband e.V.
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern u. Jugendlichen m. Teilleistungsstörungen e.V.(ab 14:20 Uhr)
Herr Dr. Wolfgang Zäschke	Jugendhilfe und Schule e.V. (Nippes Museum)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	Dezernentin
Frau Carolin Krause	Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold	Ev. Kirchengemeinde (in Vertr.für Hr.Pfarrer Völker)
Frau Marianna Seyda	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Georg Spitzley	Kath. Kirchengemeinde
Frau Dr. Sabine van Eyck	Gesundheitsverwaltung (in Vertr. für Frau Dr. Bunte)
Herr Pfarrer Werner Völker	Ev. Kirchengemeinde
Herr Wolfgang Wendelmann	Polizeipräsidium Köln
Herr Josef Zimmermann	Kath. Kirchengemeinde (in Vertr. für Herrn Spitzley)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Frau Anja Daub	Bundesagentur für Arbeit (in Vertr. für Herrn Meier)
Herr Thomas Haas	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Christine Kupferer	Sportjugend Köln
Frau Frauke Mahr	Mädchenhaus Köln e.V.
Herr Christopher Meier	Bundesagentur für Arbeit
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Gabriele Schlitt	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Michael van Dawen	SJD Die Falken
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstätte

Frau Dagmar Ziege

entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Heinen eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Ausschussmitglieder, die Besucher und die Presse.

Er begrüßt auch die anwesenden, fachkundigen **Gäste** aus der Verwaltung, die eventuell aufkommende Fragen beantworten können:

- Frau Dr. Blüggel von der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien „RAA“ (zu TOP 8.1),
- Herr Völkel von der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtung der Stadt Köln „KidS“ (zu TOP 11.1).

Da keine neuen Mitglieder anwesend sind, können keine Verpflichtungen vorgenommen werden.

Herr Dr. Heinen erteilt daraufhin die folgenden, allgemeinen Hinweise:

- a) In der ausliegenden **Anwesenheitsliste** muss immer dann eine Eintragung von Uhrzeiten vorgenommen werden, wenn ein Mitglied die Sitzung früher verlässt oder später hinzukommt.

Als „entschuldigt“ gelten die Mitglieder, deren Abwesenheit rechtzeitig vor der Sitzung bei der Geschäftsstelle (Frau Lohmann) per Telefon, Fax, Email oder persönlich gemeldet wurde. Ein Hinweis wenige Minuten vor der Sitzung im Ratssaal oder eine schriftliche Bemerkung in der Anwesenheitsliste durch eine Kollegin oder einen Kollegen reichen nicht aus.

- b) Lediglich gewählte Mitglieder und deren persönliche Vertreterinnen und Vertreter, sowie Angehörige der Presse und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die mit den zu besprechenden Vorlagen befasst sind, dürfen **im Sitzungssaal Platz** nehmen. Ratsmitglieder, die nicht explizit in den Jugendhilfeausschuss gewählt wurden, dürfen sich ebenfalls während der gesamten Dauer der Sitzung im Ratssaal aufhalten, haben jedoch kein Rederecht, sofern sie nicht vor Eintritt in die Sitzung als Sachverständige zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt zugelassen wurden.

Weitere Personen können dem öffentlichen Teil der Sitzung von der Zuschauertribüne aus folgen. Dies gilt insbesondere auch für Praktikantinnen und Praktikanten von Fraktionen, Trägern und Verwaltung, sowie ehemalige Mitglieder des JHA, die nicht Mitglied des Rates sind.

- c) Der JHA entscheidet abschließend über **Trägeranerkennungen** nach § 75 SGB VIII, wenn der Träger seinen Sitz im Bezirk des Jugendamtes hat und der freie Träger dort vorwiegend tätig ist (vgl. § 25 I Nr. 1 1. AG-KJHG NRW). Insofern ist ein Entscheidungsvorbehalt zur Einbeziehung anderer Gremien nicht notwendig. Das bedeutet, dass Bezirksvertretungen oder andere Ausschüsse nicht zwingend in die Beratungsfolge mitaufgenommen werden müssen, und der Jugendhilfeausschuss

demnach keine Entscheidung „vorbehaltlich der Zustimmung“ eines anderen Gremiums trifft.

Sofern angezeigt, bindet die Jugendverwaltung die Bezirksjugendpflegerinnen und Bezirksjugendpfleger in das laufende Verfahren – vor Beschlussfassung – mit ein.

Die Beratungsergebnisse der **vorberatenden Gremien** liegen aus zu den Punkten

- TOP 6.1 (1413/2013)
- TOP 6.3 (2052/2013)
- TOP 6.11 (2117/2013)
- TOP 8.1 (1617/2013)
- TOP 8.2 (1825/2013)
- TOP 8.3 (1555/2013)
- TOP 8.4 (1916/2013).

Weiterhin wurden folgende Unterlagen als **Tischvorlage** ausgeteilt:

- TOP 3.9 (2356/2013)
- TOP 3.10 (2308/2013)
- TOP 3.11 (2378/2013)
- TOP 10.1 (2419/2013).

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung sollen die Punkte 2.1 3.6 bis 3.11 und 10.1 auf die **Tagesordnung** aufgenommen werden.

Herr Dr. Heinen erklärt, dass **Tagesordnungspunkt 6.11** in die nächste Sitzung verschoben werden müsse, da verschiedene Fraktionen zu diesem Thema Beratungsbedarf angemeldet haben.

Frau Jahn fragt in diesem Zusammenhang, ob hierfür eine Sondersitzung einberufen werden könne und welche Fristen hierfür angesetzt seien.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erklärt, dass die Einladung im Regelfall bis 5 Werktage vor einer Sondersitzung zugestellt werden müsse, Ausnahmen seien mit entsprechender Begründung möglich. Sie stellt klar, dass – auch wenn der Beschluss erst in der Septembersitzung gefällt werde – die betroffenen Träger keinen Vertrauensschutz geltend machen können, da Ihnen die Höhe der geplanten Zahlungen bereits bekannt sei. Ein früherer Beschluss sei jedoch im Sinne der Planungssicherheit ratsam.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig mit der Tagesordnung unter Zusetzung der Punkte 2.1, 3.6 bis 3.11 und 10.1 sowie Absetzung des Tagesordnungspunktes 6.11 einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Vortrag des Kölner Jugendring e.V. zur U-18-Wahl
- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen
- 2 Beantwortung von Anfragen**
- 2.1 Beantwortung von Anfragen zum Interkulturellen Maßnahmenprogramm von Herrn Zschke, Jugendhilfe und Schule e.V.
2253/2013
- 3 Mitteilungen**
- 3.1 Zahlen, Daten und Fakten zum Prozess der Inklusionsentwicklung in Kölner Schulen - Inklusionsmonitoring, 1. Ausbaustufe
1897/2013
- 3.2 Geschäftsprozessoptimierung (GPO) „Bildung und Teilhabe“ (BuT)
2082/2013
- 3.3 Ferienspielaktionen des Amtes für Kinder, Jugend und Familie
2007/2013
- 3.4 Weltkindertag in Köln am 22.09.2013
2011/2013
- 3.5 Mitgliedschaften der Stadt Köln
2115/2013
- 3.6 Abschlußbericht Modellprojekt Bilinguale Angebote in städtischen Kindergärten
2170/2013

- 3.7 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2012
2267/2013
- 3.8 Hinweis auf verlängerte Kita-Öffnungszeiten im Anmeldeformular auf städt.
Internetseite
2220/2013
- 3.9 Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern
2356/2013
- 3.10 Zusammenfassung der Fachtagung "Städtische Quartiere im sozialen und
demografischen Wandel lebenswert gestalten - Herausforderungen und
Chancen für neuere kommunale Ansätze" am 18. und 19. April 2013
2308/2013
- 3.11 Trägerschaft einer Kindertageseinrichtung, Neubau Köln Innenstadt, Bildungs-
landschaft Altstadt Nord
2378/2013
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 4.1 Frühere Anträge
- 4.2 Neue Anträge
- 5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 5.1 Frühere Anfragen
- 5.2 Neue Anfragen
- 6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**
- 6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:
"Liebevolle Kinderzeit e.V."
1413/2013
- 6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "i-
pänz e.V."
1668/2013
- 6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier Kul-
turbunker Köln-Mülheim e.V.
2052/2013
- 6.4 Gewährung von Zuschüssen
1664/2013

- 6.5 Zuschuss an den Verein "Sozialdienst Katholischer Frauen e. V. Köln" für die Maßnahmen Mäc up Drogenprogramm und Mäc up Sexuelle Gewalt
1728/2013
- 6.6 Zuschüsse gemäß § 10 SGB VIII zur Förderung der Jugendarbeit mit behinderten Jugendlichen im Haushaltsjahr 2013
1737/2013
- 6.7 Zuschuss 2013 an die "Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Köln e. V." für zwei Streetworkerstellen
1739/2013
- 6.8 Verteilung von Haushaltsmitteln 2013 an den Verein "Kölner Freiwilligen Agentur e. V." und "Deutsches Rotes Kreuz"
1734/2013
- 6.9 Verteilung von Haushaltsmitteln 2013 - Zuschuss an den Arbeitskreis Ausländisches Kind e. V. Köln
1735/2013
- 6.10 Mittelverteilung 2013 für die stadtteilbezogene Drogenhilfe an den "Sozialdienst Kath. Frauen e. V. Köln" (SKF) und "Sozialdienst Kath. Männer e. V. Köln" (SKM) sowie für die Drogenberatungsstellen des "Sozialdienst Kath. Männer e. V. Köln" und der "Drogenhilfe Köln gGmbH"
1740/2013
- 6.11 Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen
hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse
2117/2013
- 6.12 Mittelverteilung 2013 an freie Träger der Jugendhilfe für Jugendprojekte im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aus Teilplan 0604
1416/2013
- 6.13 Zuschussvergabe 2013 aus Mitteln des Teilergebnisplans 0604 Kinder- und Jugendarbeit;
- Förderung von Familienbildungsstätten, Interkultureller Elternarbeit und einer Familienerholungsmaßnahme;
- Förderung von Hausaufgabengruppen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche;
2028/2013

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln
1617/2013

8.2 Nachbesetzungen im Unterausschuss Ganztags
1825/2013

8.3 Errichtung einer zweizügigen offenen Ganztagsgrundschule in Köln-Nippes
am Standort Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln zum Schuljahr 2014/15
1555/2013

8.4 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen
1916/2013

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Vortrag des Kölner Jugendring e.V. zur U-18-Wahl

Frau van Dawen stellt die diesjährige U-18-Wahl als eine Möglichkeit für Jugendliche zur politischen Beteiligung vor, im Rahmen derer Kinder und Jugendliche 9 Tage vor der eigentlichen Bundestagswahl ihre Stimme abgeben können (<http://www.u18.org>). Sie könne Anlass sein,

- für Träger, weitere politische Bildungsangebote zu gestalten,
- für die Politik, das Meinungsbild der Jugend zu berücksichtigen, und
- für Jugendliche, die Senkung des Wahlalters zu fordern.

Bereits 2009 zur Bundestagswahl wurde eine U-18-Wahl initiiert. Seinerzeit sei das Projekt sehr gut angenommen worden und habe folgende Wahlergebnisse hervorgebracht: SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und CDU je 20 %, FDP und Die Linke. je 10 %, Tierschutzpartei 5 %. Eine wissenschaftliche Auswertung von Prof. Dr. Klaus Hurrelmann habe damals bestätigt, dass minderjährige Jugendliche durchaus die Kompetenz besitzen, eine politisch versierte Entscheidung zu treffen.

Durchgeführt werde die U-18-Wahl auf Bundesebene vom Kinderhilfswerk, auf Landesebene vom Landesjugendring NRW. Bei der Durchführung werden kreative Ideen gefördert, und unter Anderem auch blinde und sehbehinderte junge Menschen eingebunden.

Flyer und Plakate hat Frau van Dawen am Eingang des Sitzungssaales bereitgelegt. Sie lädt ein, sich an der Abstimmung am 13.09.2013 zu beteiligen und freut sich auf interessante Gespräche und Anregungen zu diesem Vorhaben. Die Ergebnisse der diesjährigen U-18-Wahl sollen schließlich im Rahmen der Festivitäten zum Weltkindertag am 22.09.2013 vorgestellt werden.

Herr Uckermann begrüßt dieses Projekt und erklärt, dass die Fraktion Pro Köln auch eine U-18-Wahl zur Kommunalwahl in Köln unterstützen wolle, sofern dies geplant sei.

In diesem Zusammenhang weist **Herr Dr. Heinen** darauf hin, dass Frau Beigeordnete Dr. Klein zur Vorsitzenden des Schul- und Bildungsausschusses des Deutschen Städtetages gewählt wurde und drückt seine Glückwünsche hierzu aus.

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden für diese Sitzung Herr Kienitz, Frau Laufenberg und Herr Schneider benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Beantwortung von Anfragen zum Interkulturellen Maßnahmenprogramm von Herrn Zäschke, Jugendhilfe und Schule e.V. 2253/2013

Diese Beantwortung resultiert aus einer Frage des Jugendhilfe und Schule e.V. im Rahmen des TOP 8.3 in der Sitzung 11.06.2013. Sie wird von den Mitgliedern zur Kenntnis genommen.

3 Mitteilungen

3.1 Zahlen, Daten und Fakten zum Prozess der Inklusionsentwicklung in Kölner Schulen - Inklusionsmonitoring, 1. Ausbaustufe 1897/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herrn Kienitz ist der massive Anstieg des Bedarfs im Bereich emotionale und soziale Entwicklung aufgefallen (Seite 4 der Vorlage). Er erkundigt sich nach den Auswirkungen auf die Arbeit des Jugendamtes sowie die finanziellen Konsequenzen.

Frau Jahn schließt sich an und möchte wissen, warum gerade in diesem Bereich die Zahlen vergleichsweise stark gestiegen seien.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Pannes erkennt in der Entwicklung eine gefährliche Tendenz. Inklusion könne nur so gut sein, wie die durch das Land gesetzten Rahmenbedingungen es zulassen. Man müsse daher produktiv auf eine sinnvolle Gesetzgebung hinwirken.

3.2 Geschäftsprozessoptimierung (GPO) „Bildung und Teilhabe“ (BuT) 2082/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3 Ferienspielaktionen des Amtes für Kinder, Jugend und Familie 2007/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. **Herr Dr. Heinen** weist auf die kurzfristig hierzu ausgelegten Broschüren zum „Köln-Ferienprogramm 2013“ hin.

3.4 Weltkindertag in Köln am 22.09.2013 2011/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Ausschussvorsitzender **Herr Dr. Heinen** bedankt sich an dieser Stelle bei den Sponsoren, die eine bunte Ausgestaltung des Festes zum Weltkindertag ermöglichen.

**3.5 Mitgliedschaften der Stadt Köln
2115/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.6 Abschlussbericht Modellprojekt Bilinguale Angebote in städtischen Kindergärten
2170/2013**

Frau Mucuk bedankt sich für die ausführliche Berichterstattung. Aufgrund des späten Eingangs wünscht sie sich eine Vertagung auf die nächste Sitzung, in Kombination mit einer kleinen Präsentation durch die beteiligten Fachkräfte.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden und die Verwaltung sagt zu, eine Präsentation für die Septembersitzung vorzubereiten.

**3.7 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2012
2267/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.8 Hinweis auf verlängerte Kita-Öffnungszeiten im Anmeldeformular auf städt. Internetseite
2220/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.9 Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern
2356/2013**

Die als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung der Verwaltung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn fragt, ob Kontakt zum Land bestehe aufgrund des erhöhten Bedarfes, den die Familienberatungsstellen kompensieren müssen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein stellt klar, dass ein steigender Bedarf nicht automatisch einen Anspruch auf zusätzliche Fördergelder begründe. Nichts desto trotz beobachte man die Entwicklung und sei bemüht, Ausgleiche zu schaffen, wo immer es Möglichkeiten dazu gebe.

Frau Blum-Maurice bestätigt die erhebliche Mehrbelastung durch die in den vergangenen Jahren neu hinzugekommenen Aufgaben (z.B. Einrichtung von Familienzentren, Begleitung familiengerichtlicher Verfahren). Anlass für diese Mitteilung sei allerdings gewesen, die Darstellung der Angebote zu *vervollständigen*.

**3.10 Zusammenfassung der Fachtagung "Städtische Quartiere im sozialen und demografischen Wandel lebenswert gestalten - Herausforderungen und Chancen für neuere kommunale Ansätze" am 18. und 19. April 2013
2308/2013**

Die als **Tischvorlage** ausgeteilte Mitteilung der Verwaltung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.11 Trägerschaft einer Kindertageseinrichtung, Neubau Köln Innenstadt, Bildungslandschaft Altstadt Nord
2378/2013**

Die als **Tischvorlage** ausgeteilte Mitteilung der Verwaltung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge sind nicht vorhanden.

4.2 Neue Anträge

Neue Anträge wurden im Vorfeld der Sitzung nicht gestellt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

Frühere Anfragen liegen nicht zur Beantwortung vor.

5.2 Neue Anfragen

Neue, schriftliche Anfragen haben die Fraktionen vor der Sitzung nicht eingereicht.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "Liebevolle Kinderzeit e.V."
1413/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Liebevolle Kinderzeit e.V.“, Vitalisstr. 293, 50933 Köln, gemäß § 75 Absatz 2 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "i-pänz e.V."
1668/2013**

Ausschussvorsitzender **Herr Dr. Heinen** regt an, den Träger darauf hinzuweisen, dass der Begriff „i-pänz“ möglicherweise urheberrechtlich geschützt sein könnte.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein

„i-pänz e.V.“, Hardefuststr. 7, 50677 Köln, gemäß § 75 Abs. 1 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier Kulturbunker Köln-Mülheim e.V. 2052/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den „Kulturbunker Köln-Mülheim e.V.“, Berliner Str. 20, 51063 Köln als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Abs. 2 anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.4 Gewährung von Zuschüssen 1664/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die Gewährung von Zuschüssen in Höhe von 108.867,09 Euro aus dem Teilergebnisplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), Haushaltsjahr 2013. Die Mittel werden an folgende Träger vergeben:

PEV – Familienbildung	32.461,67 Euro
Malteser Hilfsdienst e.V.	7.650,00 Euro
FamilienForum Deutz Mülheim	22.419,17 Euro
Evangelische Familienbildungsstätte	20.000,00 Euro
Freies Bildungswerk Rheinland	26.336,25 Euro
Gesamt:	108.867,09 Euro

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.5 Zuschuss an den Verein "Sozialdienst Katholischer Frauen e. V. Köln" für die Maßnahmen Mäc up Drogenprogramm und Mäc up Sexuelle Gewalt
1728/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013, die im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 156.000 Euro für die Maßnahmen „Mäc up/Drogenprogramm“ und „Mäc up/Sexuelle Gewalt“ (nach § 14 SGB VIII) zur Betreuung von Jugendlichen für den Verein „Sozialdienst Katholischer Frauen e. V. Köln“ zu gewähren.

Mittel in Höhe von insgesamt 156.000 Euro stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 12 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Kleine (SKF) hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

**6.6 Zuschüsse gemäß § 10 SGB VIII zur Förderung der Jugendarbeit mit behinderten Jugendlichen im Haushaltsjahr 2013
1737/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013, die im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 Euro für den Träger „Lebenshilfe Ortsverein Köln e. V.“ zu gewähren.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen

- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.7 Zuschuss 2013 an die "Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Köln e. V." für zwei Streetworkerstellen 1739/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013, die im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 114.400 Euro für den „Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Köln e. V.“ zu gewähren.

Für 2013 stehen Mittel in Höhe von 114.400 Euro im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 12 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Volland-Dörmann (AWO) hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

6.8 Verteilung von Haushaltsmitteln 2013 an den Verein "Kölner Freiwilligen Agentur e. V." und "Deutsches Rotes Kreuz" 1734/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013, die im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wie folgt zu gewähren:

24.300 Euro für das Deutsche Rote Kreuz (Power Pänz)
6.100 Euro für den Kölner Freiwilligenagentur e. V.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**6.9 Verteilung von Haushaltsmitteln 2013 - Zuschuss an den Arbeitskreis
Ausländisches Kind e. V. Köln
1735/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013, die im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 99.300 Euro für den Verein „Arbeitskreis für das ausländische Kind e. V.“ zu gewähren.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.10 Mittelverteilung 2013 für die stadtteilbezogene Drogenhilfe an den "Sozialdienst Kath. Frauen e. V. Köln" (SKF) und "Sozialdienst Kath. Männer e. V. Köln" (SKM) sowie für die Drogenberatungsstellen des "Sozialdienst Kath. Männer e. V. Köln" und der "Drogenhilfe Köln gGmbH" 1740/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013, die im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 1.753.000 Euro wie folgt zu gewähren:

- 26.795,90 Euro für die stadtteilbezogene Drogenhilfe des SKF
- 54.704,10 Euro für die stadtteilbezogene Drogenhilfe des SKM
- 482.300,00 Euro für die Drogenberatungsstelle des SKM
- 1.189.200,00 Euro für die Drogenberatungsstelle der Drogenhilfe Köln gGmbH

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 12 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Kleine (SKF) hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

**6.11 Verteilung von Haushaltsmitteln im Jahr 2014 aus dem Teilergebnisplan 0604 Kinder- und Jugendarbeit sowie 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen
hier: Verteilung Globalmittel und Zweckzuschüsse
2117/2013**

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, wird dieser Tagesordnungspunkt **vertagt**.

6.12 Mittelverteilung 2013 an freie Träger der Jugendhilfe für Jugendprojekte im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit aus Teilplan 0604 1416/2013

Herr Dr. Heinen weist darauf hin, dass die Vorlage auf Seite 5 einen Tippfehler enthält. Die Förderung solle 30.000,00 € betragen, abgedruckt sei jedoch 30.00,00 €. Der Beschlusstext bleibt hiervon unberührt.

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die Verteilung der Mittel im Haushaltsjahr 2013 in Höhe von insgesamt 737.500,00 Euro an Jugendprojekte (inkl. Sonderförderungen und Jugendpflege) und 19.800,00 Euro an Unterhaltungsmitteln für den Pferdeschutzhof gemäß Anlage 1, zu gewähren.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Herr Schneider (SPD-Fraktion) und Herr Krücker (Caritasverband) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

Die Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

6.13 Zuschussvergabe 2013 aus Mitteln des Teilergebnisplans 0604 Kinder- und Jugendarbeit; - Förderung von Familienbildungsstätten, Interkultureller Elternarbeit und einer Familienerholungsmaßnahme; - Förderung von Hausaufgabengruppen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche; 2028/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung, die im Haushaltsjahr 2013 zur

Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 899.036,00 Euro an die Träger gemäß Anlagen 1 und 2 zur Förderung der aufgeführten Maßnahmen wie folgt zu gewähren:

- Förderung von Familienbildungsstätten, Interkultureller Elternarbeit und Förderung einer Familienerholungsmaßnahme an die gemäß Anlage 1 aufgeführten Träger in Höhe von insgesamt 488.700 Euro,
- Förderung von Hausaufgabengruppen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche an die gemäß Anlage 2 aufgeführten Träger in Höhe von insgesamt 410.336 Euro.

Im Haushaltsjahr 2013 stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) entsprechende Mittel zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Herr Krücker (Caritasverband) und Frau Blum-Maurice (Der Paritätische) haben weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

Die Anlagen 1 und 2 liegen der Niederschrift nicht nochmals bei.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Es werden keine Empfehlungen an andere Ausschüsse oder Bezirksvertretungen ausgesprochen.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln 1617/2013

Herr Uckermann hält die Errichtung des KIZ für den Aufbau sinnloser Bürokratie und erklärt, den damit einhergehenden Beschluss nicht befürworten zu können.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums Köln“ durch Zusammenlegung der bisherigen „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)“ und des „Interkulturellen Referates“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt gemäß § 7 des Gesetzes zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration des Landes *NRW*.

Vorbehaltlich der Erfüllung der Fördervoraussetzungen des Landes sowie der grundsätzlichen Genehmigung durch die zuständigen Ministerien und der Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) beschließt der Rat die Einrichtung von 1,5 Stellen zum Stellenplan 2015 (1 Stelle Verwaltungsfachkraft und 0,5 Stelle Assistenzkraft). Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2015 sind verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen zur Verfügung zu stellen. Die Freigabe der Stellen erfolgt befristet, in Abhängigkeit zur jährlich zu beantragenden Landesförderung.

Das „Kommunale Integrationszentrum Köln“ wird organisatorisch beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt - Punktdienststelle „Diversity“ (5001) als eigenständige Abteilung (5001/1) angebunden.

Die Verwaltung wird beauftragt, das bereits in Gang gesetzte Antragsverfahren (Antragstellung beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sowie beim Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes *NRW*) unverzüglich fortzusetzen, damit ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für die Stadt ein entsprechender Antrag auf Förderung dieses „Kommunalen Integrationszentrums“ beim Land *NRW* aufgrund der dort formulierten Rahmenbedingungen Aussicht auf Erfolg hat.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

**8.2 Nachbesetzungen im Unterausschuss Ganztags
1825/2013**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, künftig als Vertreter/-innen der Kölner LIGA der Wohlfahrtsver-

bände Frau Silvia Empacher von der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. und Frau Sibylle Klings von IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Köln e.V. als Mitglieder in den Unterausschuss Ganztage zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

- 12 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Frau Volland-Dörmann (AWO) hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen (Befangenheit).

8.3 Errichtung einer zweizügigen offenen Ganztagsgrundschule in Köln-Nippes am Standort Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln zum Schuljahr 2014/15 1555/2013

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 82 Abs. 3 SchulG die Errichtung einer 2-zügigen Grundschule am Standort Kretzerstraße 5-7, 50733 Köln-Nippes zum 01.08.2014, beginnend mit dem Jahrgang 1.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Einführung des offenen Ganztages (§ 9 Abs. 3 SchulG) an der neu zu errichtenden Grundschule an dem Standort Kretzerstr.5-7, 50733 Köln, zum Schuljahr 2014/2015, mit der Maßgabe, dass die Landesmittel zur Förderung außerunterrichtlicher Angebote bereit gestellt werden und die Schulkonferenz sich für die Einführung des offenen Ganztages ausspricht.
3. Der Rat beschließt, ab dem Schuljahr 2014/2015 – vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 935 Euro je Platz bzw. 1.890 Euro je Platz, den ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischen Förderbedarf belegt – sukzessive insgesamt 140 OGS-Plätze für die an dem Standort Kretzerstr. 5-7 neu einzurichtende Grundschule bereit zu stellen. Diese zusätzlichen 140 OGS-Plätze sind Bestandteil der vom Rat am 30.04.2013 beschlossenen Aufstockung um 1.500 Plätze auf insgesamt 25.500 OGS-Plätze zum Schuljahr 2014/2015.“
4. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch die Bereitstellung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestell-

ten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Dabei wurde den Berechnungen auch weiterhin eine aufgrund der prekären Finanzsituation der Stadt Köln zwingend notwendige per Ratsbeschluss vom 20.05.2010 (Vorlagen-Nr. 0804/2010) zunächst nur auf den Hpl 2010/2011 bezogene Reduzierung der zusätzlichen kommunalen Mittel um 5% zugrunde gelegt. Außerdem werden die seit 1.2.2011 für den Betrieb der offenen Ganztagschulen ausgeschütteten zusätzlichen Landesmittel weiterhin zur Kompensation des zusätzlichen kommunalen Anteils eingesetzt wie es der Ratsbeschluss vom 26.05.2011 vorsieht. Darüber hinaus wurde die vom Rat in seiner Sitzung am 30.04.2013 beschlossene weitere Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils an der Finanzierung der offenen Ganztagschule im Primarbereich um rd. 2,8% ab dem Schuljahr 2013/2014ff. berücksichtigt.

Im Haushaltsjahr 2014 beläuft sich der zusätzliche Zuschussbedarf auf insgesamt 31.294,- Euro. Ausgehend von einer OGS-Versorgungsquote von 70% stellt sich der Zuschussbedarf in den Folgejahren wie folgt dar:

2015:	110.034,- Euro
2016:	157.541,- Euro
2017:	204.987,- Euro
ab 2018ff.:	194.707,- Euro

Die Finanzierung der zusätzlichen OGS-Plätze erfolgt aus den im Haushaltsplan für die Jahre 2014ff. für die Einrichtung von zusätzlichen 1.500 OGS-Plätzen ab dem Schuljahr 2014/2015 bereits veranschlagten Mitteln.

5. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, das Bestimmungsverfahren gem. § 27 Abs. 1 SchulG durchzuführen und die Schulart der neuen Schule festzulegen, bevor die Elternanschriften zur Schulanmeldung zum Schuljahr 2014/15 verschickt werden.
6. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung noch vor dem Anmeldeverfahren, unter Berücksichtigung des Bestimmungsverfahrens zur Schulart, zum Schuljahr 2014/15 die erforderliche Genehmigung zur Errichtung der Grundschule bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.

Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (1), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

8.4 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen 1916/2013

Frau Laufenberg lehnt die Einführung zweier weiterer Beitragsstufen im Namen der FDP-Fraktion ab, da sie das bisherige Modell für sozial ausgeglichen und damit passender halte. Auch vor dem Hintergrund der diskutierten Beitragsfreiheit sei eine *Erweiterung* des Beitragssystems nicht förderlich.

Auch **Herr Kienitz** teilt mit, dass die CDU-Fraktion nicht zustimmen werde. Mit der Vorlage werde ein falscher Schwerpunkt gesetzt in einem Haushalt, der ohnehin bereits einer sozialen Schieflage unterliege.

Frau Dr. Butterwegge vertritt die Auffassung, dass vermögende Eltern im Rahmen einer Umverteilung innerhalb der Steuerpolitik stärker belastet werden sollen, anstatt auf diesem Wege. Bildung müsse grundsätzlich gebührenfrei bleiben. Außerdem bestehe bei einer Erweiterung der Beitragsstufen die Gefahr, dass Besserverdienende sich mehr und mehr aus der öffentlichen Tagesbetreuung zurückziehen und die „Schere zwischen Arm und Reich“ damit noch weiter auseinandergehe.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die Neufassung der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschulen“ vom 10.07.2012 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Neufassung beinhaltet zwei zusätzliche Einkommensstufen bei den Beitragstabellen und tritt zum 01.08.2013 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

- 7 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), Bündnis 90/ Die Grünen (1), AWO (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1)
- 3 Gegenstimmen: CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1)
- 3 Enthaltungen: Fraktion Die Linke. (1), Caritasverband (1), SKF (1)

Mehrheitlich zugestimmt.

Anmerkungen:

Frau Schlitt (Bündnis 90/ Die Grünen) und Frau Kupferer (Sportjugend) waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Die Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

9 Anfragen

9.1

Herr Dr. Heinen beginnt mit einer Anfrage zur Skateranlage im Stadtwald Lindenthal und erkundigt sich nach deren Einbindung in die Skaterlandschaft.

Frau John bestätigt für die Abteilung Kinder- und Jugendinteressen, dass man derzeit mit Unterspülungen unter der betroffenen Fläche für Skateelemente zu kämpfen habe. Daneben werde aktuell noch an dem gewünschten Gesamtkonzept für Skateranlagen

in Köln gearbeitet.

9.2

Herr Pannes bittet angesichts der Berichterstattung über die Missstände in Einrichtungen des Kinder-, Jugend- und Elternzentrums Haasenburg GmbH um Beantwortung folgender Fragen:

- a) Wie bewertet die Verwaltung grundsätzlich die Unterbringung in geschlossenen Heimen, insbesondere hinsichtlich pädagogischer Bedenklichkeit und Persönlichkeitsschädigender Wirkung?
- b) Wie viele Kinder und Jugendliche sind zur Zeit auf Veranlassung der Stadt Köln untergebracht, und wo?
- c) Bestehen kooperative Beziehungen zwischen der Stadt Köln (inklusive deren Partnerinstitutionen) und der Haasenburg GmbH?

Herr Völlmecke (Abteilung Pädagogische und soziale Dienste) erklärt, dass es sich laut den ihm vorliegenden Informationen bei den in der Presse beschriebenen Fällen um Vorgänge aus den Jahren 2008/2009 handele. Derzeit befinden sich 2 Kinder auf Veranlassung der Stadt Köln in Häusern der Haasenburg GmbH, dabei werden regelmäßige Hilfeplangespräche vor Ort vereinbart. Es gebe keine Veranlassung, eine Gefährdung der beiden Kinder zu vermuten.

Zu den offenen Punkten sagt die Verwaltung eine schriftliche Beantwortung zu.

9.3

Herr Uckermann spricht das Autonome Zentrum in Köln Kalk an. Ihn interessiert, ob der Verwaltung Auffälligkeiten im Bereich Jugendkriminalität bekannt seien. An einem Ortstermin habe die Fraktion Pro Köln einen massiven Missbrauch von Alkohol und Marihuana beobachtet.

Frau Beigeordnete Dr. Klein verweist diesbezüglich auf die Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden, da es sich nicht um Minderjährige und damit um kein Thema der Jugendhilfe handele.

9.4

Frau Wöhler kommt zurück auf TOP 3.1 und möchte wissen, wie viele Schulbegleiter an welchen Schulformen eingesetzt sind.

Schulbegleitung sei statistisch bislang nicht gesondert erhoben worden, so **Herr Völlmecke**. Künftig werden die Zahlen jedoch besser aufgeschlüsselt, so dass bald eine detailliertere Dokumentation der Schulbegleitung in Bereichen SGB XII wie auch SGB VIII möglich sei.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Lohmann (Schriftführerin)